

**Antrag**

der Abgeordneten **Dr. Christian Ruck, Hans-Peter Replik, Ilse Aigner, Dr. Gerd Müller, Dr. Wolfgang Götzer, Klaus Holetschek, Franz Obermeier, Dr. Klaus Rose, Kurt J. Rossmann, Dr. Andreas Schockenhoff, Horst Seehofer, Wolfgang Zeitmann, Eduard Oswald, Benno Zierer, Erwin Marschewski, Günter Baumann, Meinrad Belle, Dr. Joseph-Theodor Blank, Sylvia Bonitz, Wolfgang Bosbach, Klaus Brähmig, Hartmut Büttner (Schönebeck), Ernst Hinsken, Martin Hohmann, Hartmut Koschyk, Beatrix Philipp, Dietmar Schlee, Dr. Hans-Peter Uhl, Hans-Otto Wilhelm (Mainz), Volker Kauder, Peter Götz, Heinz Seiffert, Annette Widmann-Mauz, Siegfried Hornung, Elmar Müller (Kirchheim), Matthias Wissmann, Hans Jochen Henke, Franz Romer, Dr. Paul Laufs, Axel Fischer (Karlsruhe-Land) und der Fraktion der CDU/CSU**

**Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung anlässlich der Hochwasserkatastrophe Pfingsten 1999 in Süddeutschland**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in Ergänzung zu den Hilfsprogrammen der betroffenen Länder für die Geschädigten in Süddeutschland finanzielle Mittel und Hilfen in gleicher Weise und anteiliger Höhe wie beim Oder-Hochwasser 1997 zur Verfügung zu stellen. Zur Schadensbewältigung ist ein koordinierter und kostenfreier Einsatz der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes und des Technischen Hilfswerks sicherzustellen.

Bonn, den 15. Juni 1999

**Dr. Christian Ruck  
Hans-Peter Replik  
Ilse Aigner  
Dr. Gerd Müller  
Dr. Wolfgang Götzer  
Klaus Holetschek  
Franz Obermeier  
Dr. Klaus Rose  
Kurt J. Rossmann  
Dr. Andreas Schockenhoff  
Horst Seehofer  
Wolfgang Zeitmann  
Eduard Oswald  
Benno Zierer  
Erwin Marschewski**

**Günter Baumann  
Meinrad Belle  
Dr. Joseph-Theodor Blank  
Sylvia Bonitz  
Wolfgang Bosbach  
Klaus Brähmig  
Hartmut Büttner (Schönebeck)  
Ernst Hinsken  
Martin Hohmann  
Hartmut Koschyk  
Beatrix Philipp  
Dietmar Schlee  
Dr. Hans-Peter Uhl  
Hans-Otto Wilhelm (Mainz)  
Volker Kauder**

**Peter Götz  
Heinz Seiffert  
Annette Widmann-Mauz  
Siegfried Hornung  
Elmar Müller (Kirchheim)  
Matthias Wissmann**

**Hans Jochen Henke  
Franz Romer  
Dr. Paul Laufs  
Axel Fischer (Karlsruhe-Land)  
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion**

### **Begründung**

Pfingsten 1999 kam es regional in Süddeutschland zum größten Hochwasser der letzten 100 Jahre. Die überschwemmte Fläche betrug allein in Bayern rd. 120 Quadratkilometer.

Insgesamt waren in Bayern rd. 30 000, in Baden-Württemberg über 5000 Einsatzkräfte von Feuerwehr, Technischem Hilfswerk, Hilfsorganisationen sowie der Polizei, der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes und der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft und viele freiwillige Helfer im Einsatz. Die enorme Einsatzbereitschaft der Helfer, die bis zur Grenze des Menschenmöglichen gearbeitet haben, verdient unseren größten Respekt und Dank.

Trotz ihres Einsatzes hat die Katastrophe ein Ausmaß erreicht, wie es seit Generationen nicht mehr erlebt worden ist. Diese Ausnahmesituation mit der außergewöhnlichen Not der betroffenen Menschen erfordert auch vom Staat außergewöhnliche Maßnahmen der Hilfe und Solidarität.

Eine erste Bilanz der Schäden nach heutigem Erkenntnisstand macht das Ausmaß des Naturereignisses zu Pfingsten deutlich.

Nach einer vorläufigen Zählung sind allein in Bayern durch das Hochwasserereignis 15 998 Anwesen von Überschwemmung betroffen. Die Zahl der Anträge zu der eingeleiteten Soforthilfe durch die Bayerische Staatsregierung für Häuser, bei denen das Wasser nicht nur im Keller, sondern im Erdgeschoß stand, beläuft sich bis heute auf 1965. Des Weiteren sind in Bayern 352 Firmen und Gewerbebetriebe gezählt worden mit einem Schaden von mehr als 100 000 DM. Der Gesamtschaden dort an Wohngebäuden, Industrieanlagen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebsstätten sowie landwirtschaftlichen Kulturen ist derzeit noch nicht genau bezifferbar. Hinzu kommen die Schäden an der öffentlichen Infrastruktur und an den Einrichtungen des Hochwasserschutzes.

In Baden-Württemberg sind der Bodensee, verschiedene seiner Zuflüsse sowie Abschnitte der Donau und des Oberrheins über die Ufer getreten. Der seit 109 Jahren höchste Hochwasserstand des Bodensees mit 5,65 m ist seit Pfingsten praktisch konstant geblieben und wird voraussichtlich noch über Wochen hinweg fortbestehen. Durch die anhaltenden Überflutungen werden die Schäden für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft (200 betroffene Betriebe) sowie bei Privaten weiter zunehmen. Nach einer ersten Schätzung hat die Gesamtschadenssumme bereits jetzt eine dreistellige Millionenhöhe erreicht. Allein die Gewässer-, Ufer- und Straßenschäden belaufen sich auf über 50 Mio. DM. Der Tourismus am Bodensee ist praktisch zum Erliegen gekommen.

Zur Bewältigung der Hochwasserschäden stellt allein die Bayerische Staatsregierung eine umfassende Finanzhilfe mit einem Gesamtvolumen von rd. 200 Mio. DM zur Verfügung. Hinzu kommen weitere 40 Mio. DM für

Deichmaßnahmen. Die zusätzlichen Mittel dienen der Wiederherstellung der Infrastruktur und der Hilfe für besonders betroffene Privathaushalte, für Landwirte und für Gewerbetreibende.

Auch Baden-Württemberg stellt in den besonders betroffenen Bereichen Landeshilfen zur Verfügung.

In Ergänzung zu den Hilfsprogrammen der Länder ist der Bund gefordert, Mittel in vergleichbarer prozentualer Höhe wie beim Oder-Hochwasser 1997 zur Verfügung zu stellen. Die Landesregierung Brandenburg hat mit Stand vom 14. November 1997 die entstandenen Schäden und Aufwendungen auf insgesamt rd. 647 Mio. DM beziffert. Der Bund hat hier mit 20 Mio. DM als Soforthilfe und großzügigen Hilfen zur Schadensbewältigung beigetragen. Der Schaden, mit dem allein in Bayern gerechnet wird, wird derzeit auf über 2 Mrd. DM geschätzt. Bei gleichem Engagement wie beim Oderhochwasser müßten für die dort geschädigten Menschen unbürokratisch rd. 50 Mio. DM als Soforthilfe zur Verfügung gestellt werden. Der Bund schloß mit dem Land Brandenburg am 31. Juli 1997 eine Verwaltungsvereinbarung über ein Soforthilfeprogramm zur Milderung akuter Notlagen zugunsten vom Hochwasser Betroffener im Land Brandenburg. Eine vergleichbare Vereinbarung mit Bayern und Baden-Württemberg ist angesichts der Dimension des regionalen Jahrhunderthochwassers in Süddeutschland angezeigt.